

# Einsparvorschläge werden ignoriert

## Erfolgloser Kampf für Abschaffung von Herstellungsbeiträgen

■ Von Elmar Otto

**Gotha.** Es geht um ein immenses Konsolidierungspotenzial für den Thüringer Haushalt. „56 Millionen Euro könnten gespart werden“, sagt Martin Steinbrück. „Pro Jahr, wohlgemerkt.“ Der Vorstandschef von „Haus & Grund“ Gotha hat einen Vorschlag gemacht, wie durch den Wegfall von Herstellungsbeiträgen im Abwasserbereich der Landesetat um diese Summe entlastet werden könnte. Doch die Landesregierung scheint das problembeladene Thema lieber aussitzern zu wollen.

Angefangen hat alles im Sommer 2010 bei einem Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag. Steinbrücks Vorstandskollege Fred Sievert hörte die damalige Finanzministerin Marion Walsmann (CDU) öffentlich für Einsparvorschläge werben. „Haus & Grund“ schrieb ihr daraufhin im Oktober einen Brief.

Gefan hat sich seitdem wenig. Außer dass sich Ministerien gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben. Weil für Kommunalabgaben das Innenressort zuständig ist, wurde das Schreiben dahin weitergeleitet.

### ■ Bis 2060 könnten 2,5 Milliarden Euro an Kosten anfallen

Inzwischen hat „Haus & Grund“ weitere Vorstöße unternommen und sich unter anderem an den derzeitigen Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) gewandt. Es folgte ein Gespräch mit dessen Staatssekretär Dirk Diedrichs im November 2011, was aber offenbar auch keinen bleibenden Eindruck hinterließ.

Zu einer entsprechenden Nachfrage, ob das vorgetragene Thema im Zuge des Doppelhaushalts 2013/2014 nicht berücksichtigt werden könne, ließ das Ministerium im September dieses Jahres lapidar wissen, dass die Etatverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien und ohnehin das Innenministerium eine „abschließende Bewertung der Vorschläge“ vor-

nehmen müsse. Dort sollte Innenminister Jörg Geibert (CDU) eigentlich an einer Lösung der kostspieligen Beitragsproblematik gelegen sein, immerhin schätzte sein Haus schon Anfang des vergangenen Jahres, dass sich die Gesamtsumme bis 2060 auf mehr als 2,5 Milliarden Euro belaufen könnte.

Welchen Stellenwert dem Vorschlag in der Landeshauptstadt aber derzeit beigemessen wird, wurde den Gothaern spätestens klar, als sie den jüngsten Brief genauer betrachteten. „Im Auftrag“ stand dort nur ein Name, aber darunter war nicht mal die Funktion der unterzeichnenden Person vermerkt.

### ■ Eine völlig unkontrollierte Einnahme

„Das könnte der Hausmeister oder der Pfortner sein. Wir werden abgespeist“, schimpft Sievert. Das Finanzministerium müsse doch die einzelnen Einsparungen in den Ressorts durchsetzen und deshalb zu seiner Verantwortung stehen. Aber anstelle eines persönlichen Gesprächs mit dem Minister lande man bestenfalls bei Beamten, ärgert er sich.

Für Sievert ist dieses Abschirmen umso unverständlicher, da Voß sich in der Vergangenheit selbst dafür eingesetzt hatte, die langfristigen Finanzhilfen für die Zweckverbände abzuschaffen. Der Minister scheiterte aber am Widerstand der CDU-Landtagsfraktion. Und so werden derzeit weiterhin – vom Land bezuschusst – durch einige Zweckverbände Herstellungsbeiträge von Grundstückseigentümern eingefordert, um beispielsweise Kläranlagen, Kanäle oder Regensammelbecken zu bauen.

Dabei weiß „Haus & Grund“ sogar den heutigen CDU-Bundestagsabgeordneten Tankred Schipanski auf seiner Seite. Der Jurist schrieb 2009 an den damaligen Innenminister Manfred Scherer (CDU), dass es bei Herstellungsbeiträgen an einem

Vorteil für die Betroffenen fehle. Es sei somit „nicht ersichtlich“, weshalb sie erhoben werden sollten.

Für Sievert steht fest, dass dadurch Zweckverbände in erster Linie „über eine völlig unkontrollierte Einnahmehasis“ verfügen, was aber nicht zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit dem Geld führe. Als Beleg hat er sich vor einiger Zeit die Mühe gemacht und aufgelistet, wie unterschiedlich hoch die Gebühren in Thüringen wären, würde der Bau von Kanälen allein über den Wasserpreis finanziert. Gotha und Landkreisgemeinden kämen der Kalkulation von 2009 zufolge auf 12,97 Euro pro Kubikmeter während in Erfurt, das nie Beiträge erhoben hat, lediglich 5,68 Euro fällig würden.

Dass mancher Verband mit seinen Gebühren nicht auskommt und auf Herstellungsbeiträge von Hausbesitzern angewiesen ist, könnte daran liegen, dass sie ehrgeizige und zugleich teure Ziele verfolgen. Steinbrück fällt hier der geplante Anschluss der Emsetalgemeinden (Landkreis Gotha) an eine Kläranlage bei Eisenach ein. Für die etwa 30 Kilometer müssten riesige Pumpanlagen gebaut werden. „Das ist extrem aufwendig“, sagt Steinbrück und verweist darauf, dass eine kleinere Anlage vor Ort viel kostengünstiger sei.

### ■ Das Innen- und das Finanzministerium wissen von nichts

Die TLZ wollte wissen, warum man sich gegen die Abschaffung der Herstellungsbeiträge derart sträubt und erfuhr Erstaunliches. Ein Sprecher des Innenministerium teilte gestern auf Anfrage mit, „dass sowohl dem Innenministerium als auch dem Finanzministerium das Schreiben von Haus & Grund Gotha nicht bekannt ist“. Ungeachtet dessen sei diese Forderung aber „sehr ausführlich mit der breiten Masse diskutiert“ und der Gesetzgeber habe sich dagegen entschieden.